

PELAGEA

SOZIALISTISCHER FRAUENBUND WESTBERLIN

November 1977



**Ist Frauenbefreiung
verfassungsfeindlich?**

5

SONDERAUSGABE

Preis 2 DM

LOB DER WLASSOWAS

Das ist unsere Genossin Wlassowa, gute Kämpferin.
Fleißig, listig und zuverlässig.
Zuverlässig im Kampf, listig gegen unsern Feind und fleißig
Bei der Agitation. Ihre Arbeit ist klein
Zäh verrichtet und unentbehrlich.
Sie ist nicht allein, wo immer sie kämpft.
Wie sie kämpfen zäh, zuverlässig und listig
In Twer, Glasgow, Lyon und Chicago
Shanghai und Kalkutta
Alle Wlassowas aller Länder, gute Maulwürfe
Unbekannte Soldaten der Revolution
Unentbehrlich.

aus Brecht: DIE MUTTER (Pelagea Wlassowa)

Hrsg.: SOZIALISTISCHER FRAUENBUND WESTBERLIN

V.i.S.P.: Anna Abel

Fontanepromenade 10

1000 Berlin 61

Tel. Q30/6911718

I N H A L T

Ist Frauenbefreiung verfassungsfeindlich?	2
---	---

D O K U M E N T E

Selbstverständnis	7
Frau und Arbeitslosigkeit	8
Anti-CDU-Kampagne	10
§ 218	13
Flugblatt zum Internationalen Jahr der Frau	15
Frau Bildung und Ausbildung	17

IST FRAUENBEFREIUNG VERFASSUNGSFEINDLICH?

WER IST DER SOZIALISTISCHE FRAUEN-
BUND?

Der Sozialistische Frauenbund und der Frankfurter Weiberrat sind die ersten autonomen Frauenorganisationen, die aus der Studentenbewegung hervorgegangen sind. Die allgemeine Politisierung der Studenten machte vor den Frauen nicht halt. Aber nicht nur die männlichen Studenten waren nicht darauf vorbereitet, die Frauen in der Politik zu akzeptieren, auch die Studentinnen selber waren weder von ihrer Erziehung her, noch in ihren wenig selbstbewußten Erwartungen dazu in der Lage als politisch handelnde Subjekte aufzutreten. So wurden sie von den Genossen als Mutterersatz behandelt, als willkommene Hilfe für das bei nächtlichen Sitzungen so notwendige Kaffeekochen; qualifiziertere "Genossinnen" durften auch schon einmal ein Flugblatt tippen und bei der Verteilung einspringen. In Fragen der sexuellen Befreiung, die während der Studentenbewegung eine besonders große Rolle spielte, sollten sich die Genossinnen der ihren Bedürfnissen keineswegs entsprechenden "neuen Moral", "freiwillig" mit jedem zu schlafen, unterwerfen. Die Studentinnen selber wagten es zunächst kaum, der neuen sexuellen Utopie zu widersprechen. Ihr Protest gegen die fehlende inhaltliche Teilnahme an der Politik scheiterte, noch bevor er sich äußern konnte, an ihrer Angst öffentlich zu sprechen und an ihrer Ungeübtheit in langen Redeschlachten zu bestehen.

Der erste öffentliche Protest erfolgte 1968. SDS-Genossinnen warfen Tomaten auf die männlichen Genossen bei einer SDS-Versammlung in Frankfurt. Diese "wilde" Form des Protests wies in ihrer demonstrativen, auf jede Argumentation verzichtenden Art zugleich hin auf den Weg, der gegangen werden mußte, Frauen mußten sich allein organisieren, um die vielen Benachteiligungen, die ihnen in dieser Gesellschaft zuteil wurden und unter deren Folgen sie litten, erst einmal konkret aufzuspüren. So bedurfte es mühsamer Arbeit, die Verzweiflung einsamer Abende zu Hause nicht länger als Schicksal oder als persönliche depressive Phase zu empfinden, sondern zu wissen, daß es auch die Vorenthaltung des wirklichen Lebens ist, wenn Frauen an die Familie gebunden zu Hause verweilen sollen und es also stattdessen unnatürlich wäre, nicht verzweifelt zu sein. Woran also Frauen litten, mußte in einem allgemeinen Bewußtwerdungsprozeß herausgefunden werden, um die Befreiung der Frauen selber in die Hand zu nehmen.

Von daher bestimmten sich die Ziele der autonomen Frauenorganisationen, die im Prinzip bis heute die gleichen geblieben sind. Erweitert haben sich die Erkenntnisse über die Ursachen, größer wurde das Bewußtsein der Frauenunterdrückung, tiefer das Wissen um ihre Geschichte, vielfältiger die Wege, die zu beschreiten waren. Und vor allem: Die Anzahl der protestierenden Frauen ist ungeheuer gewachsen. Die Frauenbewegung ist eine soziale Bewegung geworden. Sie ergreift immer mehr und immer breitere Teile der weiblichen Bevölkerung im In- und Ausland. (Heute ist für die vielen Frauen, die in Frauengruppen organisiert sind, die Welt schon viel bewohnbarer geworden, ist ihnen doch keine Stadt und kein Land wirklich fremd, weil sie dort sogleich von den heimischen Frauengruppen freundschaftlich aufgenommen werden.)



Ziele des Sozialistischen Frauenbundes:

Warum organisierten sich die Frauen in reinen Frauengruppen? Was wollten sie erreichen? Viele litten unter der Bevormundung durch ihre Männer, unter der entwürdigenden finanziellen Abhängigkeit von ihnen, die ihre Beziehungen vergiftete, unter der Sinnlosigkeit des Hausfrauendaseins, unter ihrer Ohnmächtigkeit gegenüber ihren privaten familiären Beziehungen und Verhältnissen; vor allem aber wollten sie in allen Fragen gesellschaftlicher, beruflicher Betätigung, die offensichtliche Ungleichheit nicht länger hinnehmen. Ihre Ziele waren:

Vermenschlichung der Beziehungen insbesondere zwischen den Geschlechtern und Gleichberechtigung der Frauen in allen Bereichen.

Zunächst wurde versucht, die Beziehungen zwischen den Frauen selbst zu verbessern, auf jeden Fall die Konkurrenz um Männer abzubauen. Modelle neuen Zusammenlebens und neuer Kindererziehung (im Frauenbund, damals noch "Aktionsrat zur Befreiung der Frau" entstanden die ersten Kinder- und Schülerläden) stießen immer wieder auf die gesellschaftlich übliche ökonomische Unmündigkeit der Frauen: Sie hatten kein Geld, weil sie noch lernten oder keins, weil sie verheiratet waren oder ganz wenig, weil sie geringer bezahlt in untergeordneten Berufen arbeiteten. Es entging uns nicht, daß solche Fragen der ökonomischen und beruflichen Gleichstellung der Frauen samt der dazugehörigen Bildung eine Aufgabe von Gewerkschaften und Parteien war, jedoch zeigte ein Blick auf deren Aktivitäten, daß sie die Frauen fast ganz im Stich ließen und daß dies schon eine lange Tradition hatte.

Wir erkannten, daß die Frauenbefreiung nur von den Frauen selber erkämpft werden kann und daß sie, solange sie nicht selber massenhaft in Gewerkschaften und Parteien waren und zwar dort an maßgeblicher Stelle arbeiteten, von diesen

Organisationen wenig bis gar nichts zu erwarten hatten.

Der Sozialistische Frauenbund stellte sich in der Folge die Aufgabe, den Frauen nicht nur in ihren privaten Beziehungen zu helfen, sondern sie auch zu befähigen, sich zu artikulieren, die Zusammenhänge zu verstehen und - wenn möglich - gewerkschaftlich durchzusetzen. (Es gibt im Sozialistischen Frauenbund einen Beschluß, daß jedes Mitglied gewerkschaftlich organisiert sein sollte.) Entsprechend sind die Mitglieder des Frauenbundes in kleinen Arbeitsgruppen zu 10 bis 15 Frauen zusammengeschlossen, damit sie in diesen kleinen Gruppen die Möglichkeit haben, ihre privaten Probleme zu äußern, sich überhaupt artikulieren lernen und sich wechselseitig helfen können. Die einzelnen Gruppen erarbeiten zugleich die notwendigen Grundlagen für geplante Aktionen. Das gemeinsame Plenum aller Gruppen ist das oberste Beschlußorgan des Frauenbundes; entsprechend hängt die Frage, welche Aktionen mit wem durchgeführt werden, immer von der Mehrheit der Mitglieder des Frauenbundes selber ab.

Die Emanzipation der Frau in allen gesellschaftlichen Bereichen und auch die Vermenschlichung der Beziehungen sind Ziele, die der Sozialistische Frauenbund mit allen anderen Frauengruppen teilt. Infolgedessen wurden auch die meisten Aktionen, insbesondere die mehrere Jahre umfassende Kampagne für die Abschaffung des § 218, mit anderen Frauengruppen der sogenannten neuen Frauenbewegung gemeinsam durchgeführt. (Der Sozialistische Frauenbund gehörte zu den Initiatoren der Aktion 218 und stellte auch die Sprecherin für die öffentliche Anhörung vor dem Parlament.)

Unterschiedlich war im Laufe der Entwicklung der Frauenbewegung die Wahl des Weges zur Erreichung der genannten Ziele. Während die feministischen Gruppen die Befreiung von männlicher Vorherrschaft mehr

und mehr in den Vordergrund rückten, sah der Sozialistische Frauenbund den Hauptgrund für die besondere Frauenunterdrückung in ihrem Ausschluß aus der Gesellschaft, d. h. Frauen arbeiten nicht in der gleichen Weise gesellschaftlich wie ihre männlichen Kollegen: als Mädchen geboren, ist ihre durchschnittliche Erziehung darauf ausgerichtet, daß sie nichts Vernünftiges lernen, aber auf jeden Fall die Hausarbeit als ihr eigentliches Betätigungsfeld betrachten. Entsprechend verbringen sie ihr Leben entweder ganz zu Hause oder sind "außerhäuslich" beschäftigt, ohne einen Beruf zu haben, sind "Zuverdiener" oder unterbrechen ihr Berufsleben wegen der Familie und können dann "später" nirgends mehr richtig anfangen, oder sie haben großes Glück, dann gelingt es ihnen, eine anständige Ausbildung zu bekommen, sie sind auch fast immer berufstätig, dafür aber sinkt ihre Lebenserwartung sehr schnell, weil sie neben dem Beruf noch einen - je nach Größe der Familie - umfangreichen Haushalts-tag hinzuarbeiten müssen.

Neben der Untersuchung der Hausarbeit war daher die Agitation für die Berufstätigkeit von Frauen ein wesentliches Kernstück der Arbeit des Frauenbundes. So organisierten wir u. a. eine Anti-CDU-Wahlkampagne mit den Frauen der Aktion 218 und mit einigen Arbeitsgruppen sozialdemokratischer Frauen, weil wir den Programmen der CDU entnahmen, daß sie in ganz besonderem Maße Befürworter der Isolierung von Frauen in ihren privaten Familien waren, sich gegen die Abschaffung des § 218 wehrten mit heuchlerischen Sprüchen über den Schutz ungeborenen Lebens, während sie ohne weiteres das Leben der vielen Frauen mit ungewollten Kindern und so auch das Leben dieser Kinder der Verzweiflung preisgaben.

Wir veranstalteten Tagungen mit kirchlichen und traditionellen Frauengruppen zu Fragen von Sexualität und Familie. Wir demonstrierten für Vietnam und gegen den Militärputsch in Chile zusammen mit den Jugendorganisationen von FDP, SPD, der Humanistischen Union und anderen fortschrittlichen Gruppen. Im Jahr der Frau gestalteten wir eine ganze Woche mit Diskussionen, Vorträgen, Theater, Kinobesuchen und wieder Diskussionen und sandten schließlich zwei Delegierte auf den Weltkongreß für die Frauen. An der 2. Sommeruniversität für Frauen beteiligten wir uns mit einem Vortrag zum Hausfrauenlohn.

Dies ist nur ein kleiner Teil unserer Aktivitäten, an einer Geschichte des Frauenbundes schreiben wir derzeit, sie soll zum 10-jährigen Bestehen 1978 fertig sein. Diese Geschichte wird mehr als es hier in wenigen Zeilen möglich ist, den politischen und ökonomischen Hintergrund einbeziehen, ohne den auch die verschiedenen Strömungen in der Frauenbewegung ebenso wenig verständlich sind wie die Entwicklung des Sozialistischen Frauenbundes.

Der Schlag der SPD-Führung gegen den Frauenbund und gegen den "Arbeitskreis Emanzipation" der Jusos

Unsere Agitation für die Berufstätigkeit der Frau stieß zunächst wesentlich gegen die Schranken traditionalistischen Bewußtseins, das die Frau in die Familie wünscht, und gegen das damit verbundene Fehlen beruflicher Ausbildung. Unsere Bemühungen richteten sich daher immer gleichzeitig auf die Propagierung von besserer Ausbildung oder überhaupt Ausbildung für Mädchen und auf Nachausbildung erwachsener Frauen.

Seit etwa drei Jahren stoßen wir auf einen viel härteren Widerstand: Gibt es überhaupt Arbeitsplätze, die wir den Frauen empfehlen können? Die Zahl der Frauen, die arbeiten wollen oder müssen und arbeitslos werden, wächst ständig. Gleichzeitig wächst wieder einmal die Propaganda vom wahren Glück der Frauen in ihrer Familie, versuchen die gängigen Illustrierten, das mögliche Bewußtsein über ihre Lage, das die Frauen zum Widerstand bringen könnte, zu verkleistern. In dieser Situation beschlosssen wir eine großangelegte Kampagne zur Frauenarbeitslosigkeit.

Das Recht auf Arbeit muß an allen Orten und von möglichst allen Frauengruppen offensiv vertreten werden. Nur wenn alle Frauengruppen sich in dieser Frage einig sind, kann das die große Macht sein, die nötig ist, um ihre Lage zu verbessern.

Nach unserer ersten Kontaktaufnahme mit dem Frauenarbeitskreis der Jusos, von denen wir zu Recht annehmen, daß auch sie das Recht auf Arbeit für ein Grundrecht halten, läßt die SPD-Geschäftsführung sie wissen, daß man diese Zusammenarbeit von oben verbietet, für unvereinbar hält mit dem Parteiselbstverständnis: der Sozialistische Frauenbund, eine Organisation zur Emanzipation der Frauen, sei "kommunistisch gesteuert". Was geschieht hier? Man gebietet den Juso-Frauen, sich vor dem Kampf um das Recht auf Arbeit zu schwächen. Sie sollen nicht zu viele sein; die gemeinsam von ihnen gestellte Forderung könnte sonst Gehör finden müssen. Sie sollen nicht mit dem Sozialistischen Frauenbund zusammenarbeiten.

Als Begründung wird angeführt: Dieser Sozialistische Frauenbund versäumte es, sich vor der Durchsetzung seiner Forderungen zu schwächen: er achtete nicht darauf, nur mit wenigen zusammenzuarbeiten

oder mit niemandem - unter seinen Mitstreitern für die gemeinsame Sache wurden sogar Kommunisten gesehen. Da der Sozialistische Frauenbund in Wahrheit nicht kommunistisch gesteuert ist - was immer man sich darunter vorstellen soll - da er sich selbst steuert, sein Willensbildungsprozeß im höchsten Maße demokratisch, nämlich durch die Mehrheit der Vollversammlung geschieht, kann diese Behauptung der SPD-Geschäftsführung, für die sie keine Beweise anführt, nur rückwärts geschlossen sein. Fordern nicht auch Kommunisten das Recht auf Arbeit? Sollen wir etwa darum auf diese Forderung verzichten? Ebenso könnten sie uns empfehlen, kein Brot zu essen, weil man auch schon Kommunisten welches essen sah; oder aus Berührungsangst nicht mehr in den gleichen Läden einzukaufen, in denen auch Kommunisten gesehen wurden, oder die gar von ihnen geführt werden.

Wir sehen hier also die eigentümliche Verkehrung, daß mit Verboten von Zielen abgelenkt werden soll mit der Begründung, man habe auch andere schon auf den Wegen gesehen. Sollen wir alle einzelne private Wege gehen, um niemals anzukommen?

Zugleich kann man kaum umhin zu erkennen, daß der Unvereinbarkeitsbeschluß der SPD hier eine neue Qualität erreicht hat. Es geht nicht mehr darum, daß SPD-Mitglieder nicht mit kommunistischen Organisationen zusammenarbeiten sollen - sie sollen sich auch von jenen Organisationen fernhalten, die selber keinen Unvereinbarkeitsbeschluß haben - sie sollen kurzum allein bleiben.

Die schlechten Erinnerungen an historische Ereignisse, die schon beim Ladenbeispiel sich aufdrängen, werden noch deutlicher, wenn man erfährt, daß auch der Verfassungsschutz inzwischen zu der Erkenntnis gelangt ist, daß Frauenemanzipation eine verfassungsfeindliche Sache ist. In diesem Monat wurde ein Mitglied des Sozialistischen Frauenbundes zur Anhörung geladen,

allein aus dem Grunde, weil die oberste Behörde auf die Tatsache stieß, daß sie ein Mitglied des Frauenbundes ist. Sind also Frauenbefreiung und Grundgesetz unvereinbar? Ist das uns bekannte Grundgesetz, für dessen praktische



Verwirklichung in Sachen Frauengleichberechtigung wir antraten, am Ende schon hinter unserem Rücken verändert? So daß es im Fall der Anhörung wie im Fall der SPD gar nicht darum ging, ob Frauen gesehen wurden, wie sie am 1. Mai für ihre Forderungen marschierten oder zum Gedenktag der Ermordung Rosa Luxemburgs demonstrierten z. B., und außer ihnen marschierten auch andere? Sondern darum, daß das Recht auf Arbeit für Frauen selber nicht gewährleistet werden soll, weil es unsere Verfassung gefährdet?

In Zeiten, in denen eine große Massenillustrierte verbreiten kann, daß Emanzipation der Frau und darin vor allem ihre bessere Ausbildung zum Terrorismus führen, ist diese Befürchtung, man wolle die gesamte Krise auf unseren Schultern ausgetragen, nicht so fern.

Aber wir dürfen uns nicht einschüchtern lassen. Jetzt erst recht: Starten wir eine große gemeinsame Aktion gegen die Frauenarbeitslosigkeit, für Ausbildung, qualifizierte

Arbeitsplätze und die notwendigen Sozialmaßnahmen (Mutterschutz, Kindergärten, allgemeine Arbeitszeitverkürzung). Sie muß an allen Orten regional begonnen werden. Wir sollten alle, auch die kleinsten Aktionen gemeinsam tragen. Sichern wir uns internationale Solidarität. Rufen wir auf zu einem großen, die einzelnen Aktivitäten vereinigen- den Kongreß für 1978. Die Frauen sind 52 % der Bevölkerung. Wir sind zahlreich genug, um diesen kleintlichen Intrigen und Maßregelungsversuchen Widerstand zu leisten.

WAS FRAUEN KÖNNEN...

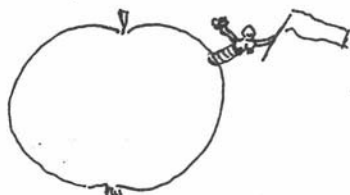
Frauen, helft uns, indem Ihr Euch helft.

Beginnen wir mit der großen Kampagne.

Frauen gemeinsam sind stark.



Eva ass vom Apfel der Erkenntnis



Aus unserem Selbstverständnis

Wir organisieren uns als Frauen separat, weil wir spezifische Probleme in Erziehung und Ausbildung, Berufswahl und Berufstätigkeit, im familiären und gesellschaftlichen Leben haben und die daraus resultierenden Aufgaben von Gewerkschaften und politischen Parteien nicht in ausreichendem Maße übernommen werden.

Frauen wenden sich an uns, weil sie Gleichberechtigung und bessere Sozialeinrichtungen fordern, weil sie an politischer und speziell Frauenarbeit interessiert sind, weil sie Zusammenhänge verstehen und die Ursachen ihrer Unterdrückung begreifen wollen, weil sie heraus wollen aus häuslicher Isolation, um emanzipiert verändernd eingreifen zu können. In diesen Motiven kommen die Konflikte zum Ausdruck, die aus ihrer besonderen Situation im Kapitalismus entstehen. Am Bewußtsein dieser Frauen will unsere Organisation anknüpfen, die täglichen Erfahrungen der Frauen müssen Ausgangspunkt unserer Arbeit sein.

Durch die historische Entwicklung d Arbeitsteilung wurde die Frau weitgehend von gesellschaftlich organisierten Tätigkeiten ferngehalten und auf den Privatbereich reduziert. Damit war ihr zugleich die Möglichkeit genommen, sich im Erwerben und Ausüben solcher Fähigkeiten selbst zu entfalten. Im Kapitalismus erfährt die Frau eine zusätzliche Erniedrigung, so daß sie nun doppelt unterdrückt ist:

1. Unter Verhältnissen, in denen eine Minderheit durch das Privateigentum an Produktionsmitteln die Mehrheit der Bevölkerung in Abhängigkeit hält, ist die Frau am Arbeitsplatz ebenso wie der Mann unterdrückt.
2. Darüber hinaus schränkt die geschlechtsspezifische Aufgabenverteilung die Entwicklungsmöglichkeiten der Frau ein und verstärkt so rückwirkend ihre ökonomische Unterdrückung.

Der Sozialistische Frauenbund hat daher auch eine doppelte Zielsetzung:

1. Da der Grad der Frauenbefreiung davon abhängig ist, inwieweit die Mehrheit der Menschen ihr Zusammenleben nach den gemeinsamen Interessen organisieren kann, verfolgen wir eine sozialistische Perspektive im Sinne der Selbstbestimmung des Menschen zum Wohle aller.
2. Sofort und für immer müssen sich die Frauen aus den Fesseln der Privatheit befreien und an der gesellschaftlich verrichteten Arbeit teilhaben. Hierzu ist eine qualifizierte Ausbildung in der Perspektive langfristiger Berufstätigkeit unabdingbar.

weiterhin auf Arbeits- suche

Zu dem Thema "Frau und Arbeitslosigkeit" wurde in der Maizeitung Nr. 2 1977 ein Artikel veröffentlicht der auch in der Pelagea Nr.4 erschienen ist.

In der Statistik kommen Frauen schon lange öffentlich vor, auch lange schon bevor sie im Parlament schmückend dabei sein dürfen. Jedermann weiß, sie sind 51% der Bevölkerung. Ein Drittel der Erwerbstätigen sind Frauen. Das muß anders werden. Und es wird anders: Täglich melden die Zeitungen das Anwachsen des Arbeitslosenheeres. Es trifft in allen Fällen am meisten die Frauen. Die Zahl der arbeitslos gemeldeten Frauen ist schon fast eine halbe Million. Das sind mehr als die Hälfte der Arbeitslosen insgesamt, obwohl doch die Frauen nur ein Drittel der Erwerbstätigen ausmachen. Erwerbslos sind also im großen und ganzen auch noch jene zwei Drittel, die eben erst gar nicht erwerbstätig sind, also nicht arbeitslos sein können.



Die Arbeitsämter sind skeptisch. Das wird so bleiben, wird schlimmer werden, denn die Frauen sind unqualifiziert und zwar 94 % der als arbeitslos Gemeldeten! Und noch weitere Spitzenpositionen gibt es für die Frauen: Die Alkoholikerinnen unter ihnen nehmen schnell zu. Seit 1969 ist ihre Anzahl von 90.000 auf über 300.000 gestiegen. Vielleicht gibt es da einen Zusammenhang? Und was soll man tun? Hören wir auf die Versprechungen des Direktors des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg: "Vielleicht heben ab 1988 Engpässe auf dem Markt den Anteil der erwerbstätigen Frauen wieder an." Natürlich nicht mehr an der Tagesordnung für die heute schon 29- Jährigen, denn "ab 40 ist eine Frau für den Beruf praktisch tot." (Bochumer Arbeitsamt)



Aber was taten denn all diese Frauen, daß sie jetzt überflüssig sind? Sie waren z.B. Verkaufsgehilfin, Büglerin, Hilfsarbeiterin... Niedere Arbeiten, Hilfsarbeiten, wie schon die meisten "Berufe" sagen.

Und was ist heute? Wird jetzt etwa nicht mehr geholfen beim Arbeiten? Durchweg, so erfährt man, werden Frauen das Opfer von Rationalisierungen, d.h. Maschinen werden statt ihrer angeschafft. Sollen wir darauf bestehen, daß diese Maschinen nicht angeschafft werden? Frauen immer weiter Hilfspacker, Hilfsmonteur, Hilfsverkäufer, Hilfs... sind? Lebenslang? Maschinenarbeit verrichten?

Aber sie haben ja nichts anderes gelernt. Und das wird so bleiben, denn schon heute gibt es auch keine Lehrstellen für Frauen, ebenso und noch weniger als für Männer. Und in den Universitäten werden die Plätze sowieso knapp; man darf gerade noch zur Schule gehen, wenn auch dort nicht genügend Lehrer zur Verfügung stehen, die Klassen unverhältnismäßig groß sind, etc.

Ja, ist denn die Gesellschaft so arm? Bedeutet denn die Ersetzung von Menschen durch Maschinen, daß der gesellschaftliche Reichtum immer mehr abnimmt, so daß immer weniger daran teilhaben können?

Jeder kann sich an den fünf Fingern abzählen, daß das Gegenteil der Fall ist. Mehr Maschinen bedeutet mehr Reichtum, bedeutet auf der einen Seite weniger Arbeit, auf der anderen die Möglichkeit für andere, menschlichere Arbeit. Und wenn man dafür lernen muß, so ist dagegen nichts zu sagen. Alle sollen lernen. Alle sollen alles wissen.



Wir fordern:
Allgemeine Arbeitszeitverkürzung
eine bessere Ausbildung für alle, auch für ältere Menschen
(- stattdessen wurde die Nachausbildung von Hausfrauen aus dem Arbeitsförderungsgesetz gestrichen- das Recht auf einen menschlichen Arbeitsplatz
Weiterqualifizierung und Mitbestimmung bei jeder Umstellung
Wir fordern ein menschenwürdiges Leben auch für Frauen.
Frauen, kämpft dafür, organisiert euch am Arbeitsplatz, in den Gewerkschaften, Parteien, in Frauengruppen. Vereint sind wir stärker

Neuere Zahlen zur Frauenarbeitslosigkeit

Im Juni gab es in der BRD und Westberlin 930 974 Arbeitslose, davon 451 196 Männer und 479 778 Frauen.

77% der erwerbstätigen Frauen befinden sich in nur 16 Berufsbereichen
51% der weiblichen Erwerbspersonen haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. (27% der männlichen Erwerbstätigen haben keine abgeschl. Berufsausbildg.)



Anti-CDU-Kampagne

Bericht des Sozialistischen Frauenbundes WB von der außerordentlichen Delegiertenkonferenz am 7./8.1972 in Frankfurt

1972 beschloß der SFBWB eine gemeinsame Kampagne gegen die CDU, aus Sorge vor einer erneuten Wiederwahl dieser Partei.

Folgende Frauengruppen waren auf der Frauendelegiertenkonferenz zu dieser Kampagne vertreten:

Frankfurt (Weiberrat; Aktion 70 ; SAG; SLB; DKP)

Hamburg (Frauenaktion)

Düsseldorf (Aktion Emanzipation)

Berlin (SFBWB; Brot und Rosen)

Frauengruppen: Elmshorn, Dortmund, Wiesbaden, Köln).

Grundlage sollte neben Klebern mit Anti-CDU-Slogans ein Flugblatt sein, das die wichtigsten Versäumnisse der CDU in allen die Frauen betreffenden Gebieten aufzeigt und mit unseren Forderungen und bereits möglichen Reformen konfrontierte.



Zur Begründung einer Anti-CDU-Kampagne

Da ein Großteil der CDU-Wähler Frauen sind, ist zu überlegen, ob es nicht möglich wäre, diese Frauen zu motivieren, eine andere Partei als die CDU zu wählen. Nun könnte man argumentieren, daß solche konservative Frauen bestenfalls dazu bewegen wären, eine andere etablierte bürgerliche Partei zu wählen. Dennoch ist eindeutig, daß die CDU-Politik sich in für uns wesentlichen Punkten von der SPD-Politik unterscheidet. Diese wesentlichen Punkte berechtigen uns zu der Annahme, daß ein Wahlsieg der CDU die Lebensbedingungen der Lohnabhängigen verschlechtern und auch den politischen Kampf wesentlich erschweren würden.



Als unmittelbare Vertreterin der Kapitalinteressen betrachtet die CDU die wirtschaftliche Prosperität allein vom Standpunkt der Unternehmer; das bedeutet kontinuierliches Wachstum durch:

- Rationalisierung und Produktivitätssteigerung ohne Rücksicht auf zeitweilige Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Aussperrung
- Preiserhöhungen ohne entsprechende Lohnsteigerungen
- Kosteneinsparungen, die durchweg die Arbeiter treffen, z.B. keine Verbesserungen im System der Sozialversicherung, der Ausbildung, der Gesundheitsversorgung, des Arbeitsschutzes usw.; also alle Faktoren werden eingespart, die vom Kapital bessere Reproduktionsbedingungen für Lohnabhängige abverlangen würden.

Eingeschworen auf Stabilität und Wachstum gibt die CDU, wenn nötig, sämtliche bürgerlichen Errungenschaften und Freiheiten preis und schreckt nicht zurück vor dem Abbau demokratischer Rechte- bis hin zur Änderung des Grundgesetzes. U.a. sind folgende demokratischen Rechte und Freiheiten bedroht: Streik- und Versammlungsrecht, Meinungs-, Demonstrations- und Organisationsfreiheit, Aufhebung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses.



Wir sollten uns darüber im klaren sein, daß diese bedrohten politischen Freiheiten und Rechte sowohl den Kampf der Arbeiterklasse als auch unsere politische Arbeit existentiell gefährden. Eine Einschränkung dieser verfassungsmäßig garantierten Rechte und Freiheiten müssen wir aus einem weiteren Grund verhindern: Es handelt sich hierbei um Werte und Ansprüche der bürgerlichen Gesellschaft, deren inhaltliche Durchsetzung und volle Verwirklichung mit dem Fortbestand des kapitalistischen Systems zusammenstoßen. (wie z.B. die Gleichheit aller Bürger- etwa gleiche Ausbildung, gleiche Rechte für Mann und Frau-; die Freiheit der Person; das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit; die Unantastbarkeit der Würde des Menschen; die allgemeine Verpflichtung zu Frieden und Gerechtigkeit).



Was gibt's denn zum Frühstück?

Es gilt also in unserer Agitation, diese Diskrepanz zwischen den formal verankerten Rechten und der täglichen gesellschaftlichen Praxis auszunutzen. Dabei ist herauszustellen, daß die CDU/CSU die Unvereinbarkeit dieser und anderer verfassungsmäßig verankerten Rechte mit dem kapitalistischen System erkannt hat und genau aus diesem Grund bereit ist, die demokratischen Rechte zugunsten der Aufrechterhaltung des Kapitals zu opfern.

Dagegen geht die SPD davon aus, daß der Kapitalismus soziale und demokratische Rechte nicht ausschließt. Auch sie betreibt die Erhaltung des Systems, aber da sie ihre Wählerschaft hauptsächlich bei den Industriearbeitern hat, muß sie deren Interessen zumindest ansatzweise vertreten. Zugleich zwingt ihr die Abhängigkeit von den Organisationen der Arbeiterklasse eine Politik auf, die zumindest die Forderungen der Gewerk-

schaften mit einbeziehen muß. Aufgrund ihres gesellschaftspolitischen Anspruchs und ihrer nicht unmittelbaren Verflechtung mit Einzelkapitalen dient sie dazu, besonders in Krisenzeiten, die allgemeinen notwendigen Bedingungen für die fortschreitende kapitalistische Produktion zu schaffen (Ausbau des Bildungswesens, der Infrastruktur, Förderung des Gesundheitswesens, Umweltschutzmaßnahmen...), Maßnahmen also, die zwar einerseits der Aufrechterhaltung des Systems dienen, andererseits aber von gesellschaftlichem Nutzen sind, die Bedingungen der Lohnabhängigen zu verbessern vermögen.

Die SPD propagiert Sicherheit der Arbeitsplätze und wachsenden Wohlstand: also muß sie Sorge tragen für eine gut funktionierende Wirtschaft. Sie kann dabei die Kapitalbewegungen selber nicht steuern, jedoch für ausgleichende Maßnahmen sorgen (Umschulung, Weiterbildung, Mutter- und Jugendschutzgesetze, Arbeitszeitverkürzung, Rentenreform, Arbeitsrecht...).

Da uns klar ist, daß, je mehr Druck des Kapitals auf die Lohnabhängigen zunimmt, die Frauen desto schärfer unterdrückt werden, und uns die reaktionäre Einstellung der CDU/CSU den Frauen gegenüber bekannt ist (§ 218) haben wir gerade als Frauen Anlaß genug zu Aufklärung und Agitation. Wir haben davon auszugehen, daß die Bevölkerung während des Wahlkampfes eher als sonst bereit ist, sich politische Argumente anzuhören und zu diskutieren. Diese Gelegenheit dürfen die Frauengruppen sich nicht entgehen lassen, wollen sie ihrem Anspruch als politische Organisationen gerecht werden.

Die Richtigkeit einer Anti-CDU-Kampagne wurde mit einem Vergleich der Zielsetzung von CDU/CSU- und SPD/FDP- Politik, bezogen auf folgende Themen, belegt.

- Ehe- und Familienpolitik
- Problem von Mieten und Bodenpreisen
- Renten
- Bildungswesen

Als Ergebnis der Analyse o.g. Themen vier Forderungen gestellt.

- I Ausbau von Vorschulen und Kindergärten
 - II Für Jungen und Mädchen unterschiedslose Lehrpläne und Stundenpläne
 - III Ganztagschule - Integrierte Gesamtschule und Gesamthochschule
 - IV Ausbau der Weiterbildung (Umschulung, Bildungsurlaub).
- Diese Forderungen wurden detailliert erklärt. Zu den bereits möglichen Reformen wurden folgende Gesetze zitiert.

Bisher ergangene Gesetze

Das Berufsbildungsgesetz vom 14.8.1969 sieht Ausbildungsgänge in Stufen vor, die eine Unterbrechung durch familiäre Verpflichtungen- seitens der Frau nicht mehr einem Abbruch der beabsichtigten Berufstätigkeit gleichsetzen. Solche Ausbildungsgänge werden verwirklicht in frauenspezifischen Branchen wie Einzelhandel, Bekleidung, Textil.

Das Bundesausbildungsförderungsgesetz vom 26.8.1971 ermöglicht die nachträgliche Korrektur der Rollenerziehung, wenn auch mit scharfer Vorauswahl und harten Bedingungen. Eine Fortführung der beruflichen Ausbildung bspw. nach Verheiratung wurde zuvor jedenfalls nicht gefördert.

Auch im Bundessozialhilfegesetz vom 1.1.1970 sind die Ausbildungsbedingungen für verheiratete Frauen besser, da die Verheiratenklausel weggefallen ist.

Das Arbeitsförderungsgesetz vom 25.6.1969 sieht Unterstützung für Fortbildung und Wiedereingliederungsmaßnahmen vor, die unabhängig vom Verdienst des Ehemannes gezahlt werden.



Diese marginalen Änderungen sind jedenfalls ein Ansatz, die Frau zu unterstützen, die sich von den traditionellen Familienvorstellungen lösen oder die eine versäumte Ausbildung trotz vorhandener Familie weiterführen möchte.

Mögliche Anti-CDU-Slogans für Kleber (Auszüge)

Frauen: HAUT MAL AUF DEN PUTZ
FÜR BABYJAHR UND MUTTERSCHUTZ

VERHINDERN MÖCHTE GERN DER STRAUSS
DAS KLASSENLOSE KRANKENHAUS

BESSRE BILDUNG FÜR DIE FRAUEN
DAS WILL DIE CDU VERSAUEN

DER CDU GEFÄLLT ES SEHR
BLEIBEN WÄHLERKÖPFE LEHR

WENN CDU SAGT SICHERHEIT
IST DER NOTSTAND NICHT MEHR WEIT

§ 218: DAS LEBEN IST NUR DANN WAS
WERT SOLANGE ES IM LEIB GENÄHRT

IN DER RÜSTUNG SIND SIE FIX
FÜR DIE KINDER TUN SIE NIX

BARZELS UNTERNEHMERPACK HÄLT
DIE FRAUENLÖHNE KNAPP



Märchen aus uralten Zeiten?

Die "Aktion § 218" hatte im April 1972 in Bonn ein öffentliches Hearing zur Reform des § 218 durchgesetzt. Die Sprecherin wurde vom Sozialistischen Frauenbund WB gestellt; im folgenden Auszüge aus ihrer Rede:

....Die "Aktion 218" ist vor allem deshalb gegründet worden und auf die Straßen gegangen mit ihren Demonstrationen, Diskussionen und Aufklärungsständen, um endlich die verzweifelten und verängstigten Frauen aus ihrer Isolation zu befreien, um ihnen zu sagen, daß sie ein Recht auf freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit und auf die Unverletzbarkeit ihrer menschlichen Würde haben, und daß sie sich mit diesen Ansprüchen in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz dieser Gesellschaft befinden, gegen das der § 218 in seiner jetzigen Form in krasser Weise verstößt. Mehr als hunderttausend in kurzer Zeit gesammelte Unterschriften und die in den Ergebnissen von Meinungsumfragen sichtbare Entwicklung zeigen Ihnen, daß wir nicht für eine kleine Minderheit, sondern für eine immer größer werdende Mehrheit von Frauen in der Bundesrepublik und West-Berlin sprechen.

....Wir sind, wie gesagt, nicht für Abtreibung, aber wenn eine Abtreibung nötig ist, muß sie von einem Facharzt durchgeführt werden. Hierfür schafft die im Regierungsentwurf vorgesehene Indikationslösung nicht die notwendigen Voraussetzungen, weil sie grundsätzlich nicht davon ausgeht, daß Mutter- und Vaterschaft auf der freien Entscheidung des einzelnen beruhen müssen und nicht vom Staat erzwungen werden können. Es ist Wirklichkeitsfern, bei einer Reform des Abtreibungsverbotes nicht davon auszugehen, daß die Frauen nicht mehr bereit sind, sich solchem staatlichen Gebärzwang zu unterwerfen.

....Wie weit in dieser Gesellschaft Sozialstaatsgebot und Wirklichkeit auseinanderklaffen, daß zeigt in er-

schreckendem Ausmaß die Situation des ungewollten Kindes.

....In der Bundesrepublik wuchsen 1964 17 000 Kleinstkinder in Säuglingsheimen, 60 000 Kinder in Kinderheimen und 50 000 in Erziehungsanstalten heran. Allein durch das System der Massenpflege erleiden diese Kinder zumeist irreparable intellektuelle und psychische Schädigungen. Die Ergebnisse der Kinderpsychologie, der Verwahrlosungsforschung und der Jugendkriminologie beweisen uns den Zusammenhang von Entbehrungen im sozialen Gefühlsaustausch während des Frühkindesalters mit irreversiblen Verädungen der Kontaktfähigkeit und späterem Sozialverhalten.

....96% der ledigen Mütter sind gezwungen, nach nur acht-wöchiger Schonfrist ihre Erwerbstätigkeit wieder aufzunehmen und ihre Kinder ganz oder zumindest tagsüber in Pflege zu geben. Die Säuglingssterblichkeit (wie auch die Müttersterblichkeit) liegt in der Bundesrepublik doppelt so hoch wie etwa in Schweden.



.....Unsere Einwände gegen die Fristenlösung, die im Gegensatz zu der von der Regierung vorgelegten Indikationslösung zumindest einen ersten Schritt in die Richtung auf die Abschaffung des Abtreibungsverbotes darstellt, richten sich gegen die Willkür der zeitlichen

Begrenzung der Freigabe. Diese Willkür erkennt auch der Regierungsentwurf, denn dort heißt es:

"Die Dreimonatsgrenze ist weder bei biologischer noch bei rechtlicher Betrachtung einleuchtend." Nicht einleuchtend bleibt dabei allerdings, wieso dann auch bei zwei der vier vorgesehenen Indikationen eine Dreimonatsfrist gesetzt worden ist. Wann der Zeitpunkt überschritten ist, zu dem noch ein Schwangerschaftsabbruch möglich ist, ist ein ausschließlich medizinisches Problem, das keiner strafrechtlichen Regelung bedarf.

.....
Gegen die Fristenlösung spricht ferner, daß sich die soziale Lage gerade der Frauen aus den unteren Gesellschaftsschichten jederzeit so ändern kann, daß sich das Problem des Schwangerschaftsabbruches möglicherweise überhaupt erst nach dem dritten Schwangerschaftsmonat stellt.

Bei der mangelhaften sexuellen Aufklärung breiter Schichten der Bevölkerung muß man auch damit rechnen, daß gerade die oben genannten Frauen oder sehr junge Mädchen oft nicht innerhalb der vorgesehenen Drei-Monatsfrist in der Lage sind, eine Schwangerschaft zu erkennen, zumal die äußeren Anzeichen häufig fehlen.

.....
Das Ziel, die illegalen Abtreibungen zu unterbinden, wird weder durch die Indikationen- noch durch die Fristenlösung erreicht werden können, sondern nur durch die Abschaffung des Abtreibungsverbots. Die fortschrittlichen Kräfte in der Gesellschaft, in Parteien und Gewerkschaften fordern daher die ersatzlose Streichung des § 218. Diese Forderung haben die in der SPD organisierten Frauen im Oktober 1970 erhoben, sie dann aber vorschnell resignierend wegen ihrer angeblichen Unrealisierbarkeit wieder zurückgezogen. Vertreten wird sie heute aber immerhin noch beispielsweise von der DGB-Frauenkonferenz, von der ÖTV-Berlin und vielen anderen gewerkschaftlichen und parteipolitischen Frauengruppen.

Unsere Forderung nach Streichung des § 218 steht nicht allein. Wir verbinden sie mit einem Katalog "flankierender" Maßnahmen, durch die erst die Situation der Frauen und Kinder verbessert werden kann:

- umfassende sexuelle Aufklärung und freier Zugang zu Verhütungsmitteln für alle;
- Verschreibung der Pille auf Krankenschein
- Übernahme der Kosten für einen Schwangerschaftsabbruch durch die Krankenkassen;
- Entwicklung besserer medizin. Methoden des Schwangerschaftsabbruchs;
- größere und billigere Wohnungen für Familien mit Kindern;
- Vorgehen gegen Mietwucher und Eigentumsmißbrauch auf dem

Wohnungssektor;

- genügend und gut ausgestattete Krippen, Kindertagesstätten, Horte und Ganztagschulen;
- bessere Schul- und Berufsausbildung
- 1 ½ Jahre Babyurlaub für Mutter oder Vater ;
- Halbtagsstellen bei vollem Lohnausgleich für alleinstehende oder alleinverdienende Mütter von Kindern unter 14 Jahren;
- zusätzlicher bezahlter Urlaub bei Pflegebedürftigkeit eines Kindes.



INTERNATIONALES JAHR DER FRAU!

DIE UNO HAT DAS JAHR 1975 AUF VERANLASSUNG DER SOZIALISTISCHEN LÄNDER ZUM "INTERNATIONALEN JAHR DER FRAU" ERKLÄRT. - BONN BLEIBT NICHTS ANDERES ÜBRIG, ALS MITZUMACHEN.

WAS HAT DAS FÜR UNS FRAUEN IN DER BRD UND WESTBERLIN ZU BEDEUTEN UND WARUM ÜBERHAUPT EIN "JAHR DER FRAU" ?

ETWA WEIL DIE FRAUEN IN DER BUNDESREPUBLIK UND IN WESTBERLIN IMMER NOCH FÜR GLEICHE ARBEIT BIS ZU 40% WENIGER VERDIENEN ALS IHRE MÄNNLICHEN ARBEITSKOLLEGEN ?
ETWA WEIL FRAUEN DIE MIESESTEN ARBEITSPLÄTZE HABEN ?
ETWA WEIL 46% DER ARBEITENDEN FRAUEN KEINEN ERLERNTEN BERUF AUSÜBEN ? (NUR 15% DER MÄNNER SIND UNGELERNT!)
ETWA WEIL 700 000 KINDERGARTENPLÄTZE IN DER BRD UND WESTBERLIN FEHLEN ?
ETWA WEIL DIE SÄUGLINGSSTERBLICHKEIT IN DEM FÜHRENDEN INDUSTRIELAND EUROPAS NOCH AM HÖCHSTEN IST ?
ETWA WEIL DER § 218 AUS DEM JAHR 1871 HEUTE NOCH UNVERÄNDERT EXISTIERT?

DIESE MISSTÄNDE SIND FÜR BONN SICHER NICHT ENTSCHEIDEND. DER BUNDESREGIERUNG IST DIESES "JAHR DER FRAU" GANZE 3 MILLIONEN DM WERT. DIE FUSSBALLWELTMEISTERSCHAFT 1974 LIESS SIE SICH 250 MILLIONEN DM KOSTEN! FÜR DEN STEGLITZER KREISEL, DIE TEUERSTE BAURUINE IN WESTBERLIN, VERSCHLEUDERT DER SENAT 300 MILLIONEN DM STEUERGELDER, UND DER RÜSTUNGSHAUSHALT VERSCHLINGT IM NÄCHSTEN JAHR 40 MILLIARDEN DM !
(DER BAU EINER KINDERTAGESSTÄTTE KOSTET ZWISCHEN 5 UND 10 MIL.)

DIE BONNER PARTEIEN HABEN VERTRETER ALLER ANGEBLICH GESELLSCHAFTLICH BEDEUTUNGSVOLLEN GRUPPEN AUFGERUFEN, EIN KURATORIUM ZUM "JAHR DER FRAU" ZU BILDEN. DARIN SIND UNTER ANDEREM SOLCHE LEUTE VERTRETEN WIE: ELFRIEDE EILERS MDB, VORSITZENDE DER ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATISCHER FRAUEN; DR. HELGA WEX MDB, VORSITZENDE DER FRAUENVEREINIGUNG DER CSU; DR. HANS MARTIN SCHLEYER, PRÄSIDENT DER BUNDESVEREINIGUNG DER DEUTSCHEN ARBEITGEBERVERBÄNDE; JULIUS KARDINAL DÖPFNER, ERZBISCHOF VON MÜNCHEN UND FREISING, VORSITZENDER DER DEUTSCHEN BISCHOFSSKONFERENZ; ALFRED STROTHE, PRÄSIDENT DES VERBANDES DEUTSCHER ZEITSCHRIFTENVERLEGER E.V.

SIND DIESE LEUTE WIRKLICH DARAN INTERESSIERT, DIE LAGE DER FRAUEN ZU VERBESSERN ?



- DIE MITARBEIT VON POLITISCHEN ORGANISATIONEN, PARTEIEN UND FRAUENGRUPPEN, DIE SICH SEIT LANGEM FÜR EINE REALE GLEICHSTELLUNG DER FRAU MIT DEM MANN EINSETZEN, WURDE ABGELEHNT.

DAS SIND NÄMLICH JENE GRUPPEN DIE Z.B. FORDERN:
KÜRZT DIE RÜSTUNGSHAUSHALTE!

... ZUGUNSTEN VON MEHR UND BESSEREN BILDUNGSSTÄTTEN GERADE AUCH FÜR MÄDCHEN

... ZUGUNSTEN VON MEHR UND BESSEREN SOZIALEN EINRICHTUNGEN WIE KINDERGÄRTEN, GANZTAGSSCHULEN DIE ALLE EINE TATSÄCHLICHE ENT-
LASTUNG FÜR DIE FRAUEN DARSTELLEN WÜRDEN !

UM DIE LAGE DER FRAUEN UMFASSEND ZU VERBESSERN, BEDARF ES UMFAS-
SENDER REFORMEN. DIESE WERDEN UNS VOR DEN WAHLEN STETS VERSPRO-
CHEN UM UNS ALS STIMMVIEH ZU BENUTZEN. ABER FINANZMINISTER APEL
HAT IN DIESEM JAHR ALLE GELDER GESTRICHEN, DIE FÜR REFORMEN NOT-
WENDIG SIND !

ES IST ALSO KLAR, WAS WIR ZUM "JAHR DER FRAU" VON DEN REGIERUNGS-
PARTEIEN UND DER CDU/CSU ERWARTEN KÖNNEN !

WER ANDERS ALS WIR SELBST KANN UNSERE INTERESSEN VERTRETEN ? ALS
EINZELNE WERDEN WIR UNTERLIEGEN. WERDEN IMMER DEN KÜRZEREN ZIEHEN.
DARUM MÜSSEN WIR UNS ORGANISIEREN. WO ?

Z.B. IN DEN GEWERKSCHAFTEN ZUSAMMEN MIT DEN KOLLEGINNEN UND KOL-
LEGEN. DAS SCHEINT EIN ALTER HUT ZU SEIN. ABER... MECKERN ALLEINE
ÄNDERT NICHTS! DIE GEWERKSCHAFTEN KÖNNEN NICHT BESSER UND STÄRKER
SEIN ALS IHRE MITGLIEDER. NUR WENN WIR FRAUEN UNS NOCH MEHR ALS
BISHER IN DEN GEWERKSCHAFTEN ORGANISIEREN UND DORT ZUSAMMEN MIT
DEN MÄNNERN FÜR UNSERE RECHTE KÄMPFEN, KÖNNEN WIR UNSERE LAGE VER-
BESSERN.

ABER HABEN WIR BISHER ÜBERHAUPT GELERNT, UNS FÜR UNSERE RECHTE
EINZUSETZEN ? - DAS WOLLEN WIR GEMEINSAM IM SOZIALISTISCHEN
FRAUBUND WESTBERLIN LERNEN !

.....
Während das Bonner Kuratorium vom 7.-13.1.1975 (?) Festveran-
staltungen durchführt, will der Sozialistische Frauenbund West-
berlin über solche Fragen diskutieren! Kommt alle!

Unser Programm:

Montag 6.1.75 20 Uhr Referat und Diskussion

mit einer Frauengruppe aus der UDSSR

TU, Strasse des 17.Juni, Raum H 110

Dienstag 7.1.75 um 20 Uhr Grips-Theater am Hansaplatz spielt

Szenen aus "Mannomann" und Kurzreferat von Jutta Menschik

Mittwoch 8.1.75 um 19 Uhr Film

"Wer braucht wen?" anschließend Diskussion mit der Regisseurin

Valeska Schöttle im "Kuck" Windscheidstr. 19

Freitag 10.1.75 um 20 Uhr Fete

im Max + Moritz, Berlin 62, Oranienstr. 162, Eintritt 2 DM

Ebenfalls am 10.1.75 um 16 Uhr spielt Grips nochmal Szenen aus

"Mannomann" im Grips-Theater am Hansaplatz
.....

Wunsch und Wirklichkeit

Auszüge aus einem Halbjahresbericht einer AG 1976/77, die über das Thema "Frau- Bildung und Ausbildung" gearbeitet hat.

Wir erstellten Kriterien zur Bearbeitung des Themas. Unser aller Zielvorstellung entsprach, daß die Erarbeitung des Themas eine theoretische und eine praktische Dimension haben muß. Eine praktische Dimension deshalb, weil unsere Arbeit nur sinnvoll sein kann, wenn sie auch Wirkung nach außen hat. Wie aber realisiert man diese Zielvorstellung? Wir stellten uns die folgenden Fragen, die wir mit Hilfe von Texten, die im folgenden genannt werden, beantworten wollten.

Warum ist Bildung wichtig?

Warum brauchen Frauen eine Berufsausbildung?

Warum ist Bildung ein zentraler Beitrag zur Emanzipation der Frau?

Beantworten wir diese Fragen, so lernen wir viel über uns selbst, z.B. über den Stellenwert, den Bildung für die Persönlichkeitsentwicklung hat, über die Art unserer Kommunikationsmuster, über die Motive für unsere Berufswahl und deren Ursachen. Wir erarbeiten uns Argumentationshilfen, um andere Menschen über den Ist-Zustand (bezogen auf das Problem Bildungsausbildung) zu informieren. Wir können eine Ursachenanalyse vornehmen und dann Behebungsstrategien entwickeln.

Mit diesen Ideen gingen wir zum Informationsabend. Zunächst stellten sich alle anwesenden Frauen vor und gaben ihre Motive für ihre mögliche Mitarbeit im SFB an. Die Vorstellung unseres "vorläufigen Arbeitsplans" und die Art wie wir das Thema bearbeiten wollten, veranlaßte einige Frauen, ihre Bedenken zu äußern. Die Art unserer Darstellung war nicht flexibel, so daß der Eindruck entstand, wir hätten

bereits ein fertiges Konzept und eine Frauengruppe ist möglicherweise so etwas wie ein Seminar, in dem eine zwanghafte Lernsituation herrscht. In der anschließenden Diskussion konnten diese Bedenken entkräftet werden, die hauptsächlich dadurch zustande gekommen sind, daß wir auch noch unsicher waren.

Gruppenzusammensetzung

Zu Beginn unsere Arbeit waren wir 17 Teilnehmerinnen, z.Zt. sind wir 14. Eine Frau hat nur an der ersten Gruppensitzung teilgenommen, zwei Frauen sind innerhalb der letzten Monate nach Westdeutschland gezogen. Unsere Gruppe setzt sich aus: 4 Studentinnen, 4 Lehrerinnen, 1 technische Zeichnerin, 1 Sekretärin, 1 Medizinerin, 2 Musikerinnen zusammen. Das durchschnittliche Alter beträgt ca. 30 Jahre. 5 Frauen hatten Erfahrungen aus anderen Frauengruppen.

Arbeitsweisen und Arbeitstechniken

Wir diskutierten zunächst unsere grundlegenden Forderungen und einigten uns darauf, daß alle zu bearbeitenden Texte nach folgenden Kriterien untersucht werden sollen:

- a) nach dem % Anteil von Frauen in den versch. Bildungseinrichtungen (Zahlen in Statistiken überprüfen)
- b) nach den Ursachen der Unterrepräsentanz von Frauen in Bildungseinrichtungen
- c) Veränderungsmöglichkeiten durch die Frauen: Forderungen, Maßnahmen auf dem Gebiet der (Aus-)bildung, Schritte zur pol. Betätigung der Frau zum Nutzen aller Menschen.

Im Gespräch ergaben sich für uns wichtige Fragen, die einzeln geklärt und ausdiskutiert werden müssen:

- a) Frauen sind mehr von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer
- b) Die unqualifizierten, nicht ausgebildeten Frauen sind am ehesten davon betroffen
- c) Können berufstätige Frauen pol. tätig sein? (Zeitfaktor)

- d) Wie hoch ist der Hausfrauenanteil in pol. Parteien?
- e) Wollen Frauen eine gleiche Ausbildung wie Männer?

Es wurden außerdem allgemeine Fragen zur Grundlage des Themas "Frau und Bildung" angesprochen:

- a) Was ist Bildung? Warum Bildung?
- b) Was ist Arbeit?
- c) Gründe für die geschlechtsspezifische Erziehung? Woher kommt sie?
- d) Was wird in der Schule gelernt? Anpassung- Disziplin

Grobziele und Forderungen zur Veränderung der bildungspolitischen Situation der Frauen wurden am Ende einer Sitzung zusammengestellt:

- Abbau des Bildungsdefizits
- Bildungspolitische Forderungen (Änderung:DGB)
- Lehrplanänderung
- Familienpolitische Forderungen
- Motivation der Frauen zur Lust an der Aus-(Weiter) bildung

Wir haben gemeinsam festgelegt, von jeder Sitzung ein Protokoll anzufertigen. Wichtige Informationen für unser Thema halten wir auf Karteikarten fest. Zahlen und Daten auf weiße Karten, ideologische Inhalte auf rosarote Karteikarten. Rückblickend stellen wir fest, daß dies nicht durchgängig eingehalten wurde.

Die Texte wurden von uns gemeinsam ausgewählt, sie bezogen sich immer strikt auf unser Thema. Den ersten Text haben alle gelesen, jeder für sich. Die Erfahrung zeigte jedoch, daß die Arbeit von Kleingruppen zur Textanalyse sinnvoller ist. Wir haben zusätzlich Fragen entwickelt, die zur Textbearbeitung an jeden Text herangezogen werden:



- 1) Werden Probleme dargestellt, die uns interessieren?
- 2) Was ist an der Kritik der geschilderten Zustände berechtigt?
- 3) Wie wird das Thema dargestellt?
- 4) Welcher Zustand wird bei der Schilderung der Mißstände herbeigewünscht?
- 5) Welches sind die Ziele, die der Artikel angibt?
- 6) Welche Handlungsbereitschaften werden mobilisiert?
- 7) Welche Vorurteile werden versteckt und welche Klischees werden benutzt?
- 8) Welche Informationen sind in Artikel nicht enthalten?
- 9) Wem nützen die Texte? Wem nützt es, wenn wir so handeln wie vorgeschlagen, wenn wir fühlen und denken, wie in den Artikeln empfohlen? Nützt es uns?

Die Texte wählen wir gemeinsam, sie werden in Kleingruppen gelesen und bearbeitet, der Gruppe vorgestellt und anschließende diskutiert. Wir haben uns von Anfang an vorgenommen, eigene Texte zu erstellen und dies im Laufe der Zeit realisiert, z.B. Vorschläge für ein Frauenleibbild in Schulbüchern, Buchrezensionen, inhaltliche Vorschläge für ein Frauenlied, die an verschiedenen Dichter geschickt wurden, Beiträge zum 8. März etc.

Die Erfahrungen der SFB Veranstaltung zum 8. März 1977 hat gezeigt, daß wir alle zunächst mehr Sicherheit in der Diskussionsleitung und im Vertreten unserer Ziele erlernen müssen. Deshalb haben wir innerhalb der Gruppe beschlossen, die Diskussionsleitung abwechselnd zu übernehmen.



Emanzipation in kleinen Schritten

Zeitungsartikel:

Wir haben festgestellt, welche Zeitungen gelesen werden und Beschlossenen Zeitungsartikel nach folgenden Schwerpunkten zu sammeln:
Bildung, Erziehung, Erwerbstätigkeit der Frau, Frau und Bewußtsein, Witze, Rezensionen, Frau und Recht, Frauenorganisationen.

Diese Artikel sollten wöchentlich vorgestellt und in einen Ordner abgeheftet werden. Aus Zeitmangel haben wir dies fast nie geschafft. Wir haben uns jetzt entschlossen die Fragestellung, zu denen Zeitungsartikel gesammelt werden, schwerpunktmäßig auf unser Thema zu beziehen. (Frauen und Erwerbstätigkeit, Frauen und Ausbildung)
Wir konnten diese Artikel für das Referat zum 8. März, für die Parolen zum 1. Mai, für das Maikomitee, für unser Info (Nr. 28) verwenden.

Als Ergebnis unser bisherigen Arbeit halten wir fest, daß Lernen notwendig für alle ist- ALLE SOLLEN ALLES WISSEN- mit dem Ziel, die gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse und Zusammenhänge zu erkennen, richtig einzuordnen, zu bewerten und dann vor allem handelnd einzugreifen, um diese Verhältnisse konstruktiv zu verändern.



Weiteres Informationsmaterial
über den Sozialistischen Frauen-
bund bei

Anna Abel
Fontanepromenade 10
1000 Berlin 61

Über den Stand der Kampagne
kann man sich informieren und
Vorschläge für unser weiteres
gemeinsames Vorgehen sofort ein-
reichen bei

Irmgard Feesche
Hauptstraße 18
1000 Berlin 62

Da die Herstellung und Verschickung des Informationsmaterials und die Durchführung der Kampagne viel Geld kostet, und da wir von keiner Seite finanziell unterstützt werden, bitten wir alle, die (bis jetzt noch) über größere Geldbeutel verfügen als wir, um eine Unterstützung auf das Konto des Sozialistischen Frauenbundes Konto-Nr. 10 01 57 19 00 bei der Bank für Gemeinwirtschaft Berlin West P.S. Selbstverständlich freuen wir uns auch über kleine Spenden aus kleinen Geldbeuteln.

